mit 70 Jahren pensionieren zu lassen. Schon diese Reform würde den Bund und die Rentenversicherungen hoch belasten.

Arendt hält daran fest, obwohl er damit die Gesamtplanung des Kanzlerministers Horst Ehmke stört. Kabinetts-Programmierer Ehmke würde lieber die Liberalisierung des Scheidungsrechts gemeinsam mit der allgemeinen Hausfrauenrente präsentieren lassen.

Persönlich ist Arendt nicht engagiert. Der biedere Westfale kann sich eine Trennung von seiner Frau nicht vorstellen, „die unsere Pfennige zusammengehalten hat, als ich noch ein kleiner Gewerkschaftssekretär war".

PARTEIEN

CDU/CSU

Letzte Stufe

Neunzehn Worte" des Genossen Alex Möller beleidigten, laut „Bild", „15 Millionen Deutsche". Die „Frankfurter Allgemeine" beklagte des Finanzministers „Ausrutscher", die „Süddeutsche Zeitung" bedauerte die „Verwilderung der Sitten", und die „Stuttgarter Zeitung" stellte den Beklagten unter Kuratel: „Dann muß ihn der Verstand verlassen haben."

Auch der CDU-Vize und gelernte Historiker Gerhard Stoltenberg attestierte Möller einen „völligen physischen Ausfall". „Seit der Strauß-Affäre 1962", so fand der Hamburger Geschichtsdozent und Publizist Imanuel Geiss, „hat keine Äußerung eines Ministers eine so große Erregung in der Öffentlichkeit hervorgerufen wie Alex Möllers spontanes Wort" an die CDU in der Haushaltsdebatte des Bundestags vom 23. September.

Möllers magische 19: „Die, die diese beiden Weltkriege und die darauffolgende Inflation zu verantworten haben, stehen Ihnen geistig näher als der SPD."

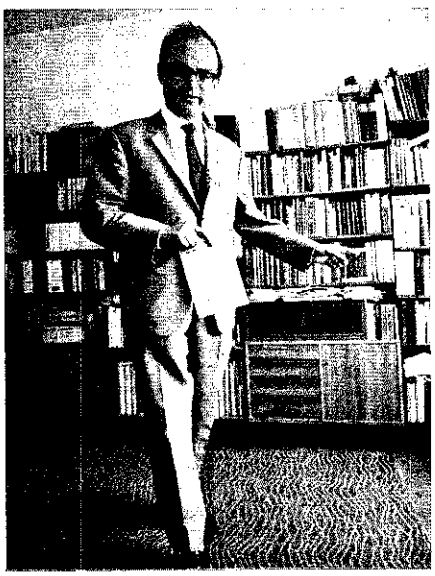
SPD-Mitglied Geiss, Schüler des Hamburger Weltkrieg-I-Historikers Fritz Fischer und Angehöriger des Gründungssenats der Universität Bremen, kommt seinem Bonner Genossen nun mit einem literarischen Schnellschuß zu Hilfe. Er hat in einem Taschenbuch, das in wenigen Wochen erscheint**, Aufsätze von Historikern und Politologen zusammengestellt, zum Beweis, daß Möllers Worte „in der Wissenschaft längst Gemeinplatz" sind.

Denn die Historiker, die Politologen und vor allem die Fakten sprechen dafür, „daß seit dem Wilhelminischen Reich sich die führenden Schichten im wesentlichen gleichgeblieben sind" (Geiss). Die CDU/CSU bilde mit all ihren Unterorganisationen nur die bislang letzte Stufe in der Geschichte der rechten deutschen Sammlungsbewegungen, die sich zum erstenmal 1917 in der Deutschen Vaterlandspartei gegen die Demokratie organisiert haben.

CDU-Ankläger **Möller***: „Seit dem Wilhelminischen Reich . . .

Damals hatten sich Nationalliberale, Konservative und Zentrumspolitiker, Banken, Export-Industrie und Handel, Alldeutsche und Antisemiten im Kampf für die imperialistischen Kriegsziele des deutschen Kaiserreichs verbunden. Gustav Stresemann 1916: „Wir dürfen uns nicht fürchten, imperialistische Politik zu betreiben."

Nach dem Schock des Zusammenbruchs von 1918 fand sich das alte Bündnis wieder zusammen. In den letzten Jahren der Weimarer Republik, als die Folgen der Wirtschaftskrise die herrschenden Gesellschaftsstrukturen ernsthaft zu bedrohen schienen, waren sie alle wieder dabei: die Deutsch-Nationalen, die Deutsche Volkspartei und die Bayrische Volkspartei, die Großindustrie und die Agrarier, die Nationalisten und die Antisemiten.



Möller-Verteidiger **Geiss**
. . . im wesentlichen gleichgeblieben"

Die einen bereiteten dem NSDAP-Führer Adolf Hitler durch Koalitionsangebote den Weg, die anderen durch finanzielle Unterstützung. So förderte Emil Kirdorf, Ehrenvorsitzender des Vorstands der Gelsenkirchener Bergwerks-AG, den mittellosen Parteigründer; der IG-Farben-Konzern zahlte 100 000 Reichsmark in die NSDAP-Kasse, und der Ruhr-König Fritz Thyssen half den Braunhemden, wo er konnte.

Friedrich Flick suchte im Februar 1932 Hitler zu einem vertraulichen Gespräch auf. Carl Friedrich von Siemens hatte schon im Oktober 1931 erklärt: Angesichts einer „bolschewistischen Gefahr" sei Hitler immer noch das kleinere Übel.

Nach 1945 übernahm die als Sammelbecken gegründete CDU/CSU das traditionelle Reservoir der Rechtswähler, verdammte aber gleichzeitig den Hitler-Faschismus als „verbrecherische Auswüchse". So konnte die Union den Herrschaftsanspruch der deutschen Rechten fortführen, ohne sich für dessen historische Konsequenzen mitverantwortlich zu fühlen.

Außer dem Antisemitismus und dem Nationalismus, an dessen Stelle die Werbung für Europas Einheit als Ersatz-Ideologie trat, konnte fast alles übernommen werden: der Antikommunismus, die Koalition mit der Industrie, das politische Personal und die publizistischen Hilfstruppen.

Solange die SPD den Herrschaftsanspruch der Union nicht ernsthaft gefährdete, achteten die Christdemokraten auf liberalen Ton. Nur manchmal — etwa wenn Kurt Georg Kiesinger die Bundeswehr als „Schule der Nation" pries oder der „Bayernkurier" des Franz Josef Strauß „Krypto-

* Bei seiner Bundestagsrede am 23. September 1970.

** „Fünfzehn Millionen beleidigte Deutsche oder Woher kommt die CDU". Herausgegeben von Imanuel Geiss und Volker Ulrich; Rororo aktuell; 139 Seiten; 2,80 Mark.

АВИАЭКСПОРТ

Der KA 26 hat immer grünes Licht und den kürzesten Weg

Manager sind die Zugpferde jedes Unternehmens. An ihrem Einsatz, ihrer Kraft und Geschicklichkeit hängt die Expansion.

Befreien Sie dabei Ihr teures Management vom unproduktiven Zeitaufwand, von physischer und psychischer Belastung durch rote Ampeln, Autoschlangen, Nächte in der Bahn, Flughafen-Wartezeiten u.v.a.m. Gegenüber diesen Reisearten, mit allen ihren versteckten Kosten, werden Sie die Rentabilität des KA 26 sofort entdecken. Denken Sie einmal darüber nach! Und auch über den Prestigegewinn für Ihr Unternehmen, über die schnellen Reaktionsmöglichkeiten, wenn gute Geschäfte von Kurzterminen abhängig sind. Managerflüge von Fabrik zu Fabrik sind die rentabelste Lösung.

Fordern Sie Informationen über den KA 26 und Praxisbeispiele für Managerflüge an!

Pilot und 7 Passagiere von Fabrik zu Fabrik

Sie können den KA 26 auch chartern.

rotorcraft Flug-GmbH
4933 Blomberg · Postfach 187
Tel.(0 52 35) 81 77 · Telex 9 35 890

Die Ära der direkten Hubschrauber-Reisen hat begonnen!

Kommunisten ... Mulatten und Neger" befehdete — brach das klassische Vokabular durch.

Ganz selten wiesen die Sozialdemokraten auf die dubiosen CDU-Traditionen hin. So etwa als der junge Helmut Schmidt im Bundestag die CDU eine „Christlich-Deutschnationale Union" nannte und von den Zeiten sprach, „als die politischen Vorfahren Erich Mendes und Kai-Uwe von Hassels noch vor Wilhelm II. auf den Knien lagen" und „die Ahnherren dieser gegenwärtigen Regierung (Adenauer) dem Ermächtigungsgesetz für den Herrn Hitler zustimmten".

Erst als die Links-Schwenkung der FDP einen Bonner Machtwechsel möglich erscheinen ließ, profilierte sich die Union wieder deutlicher als Rechts-Partei. Bei der Wahl des SPD-Kandidaten Gustav Heinemann zum Bundespräsidenten akzeptierte sie ein stilles Bündnis mit der neonazistischen NPD, im Bundestagswahlkampf 1969 warb sie offen um die NPD-Anhänger.

Und als schließlich der Sozialdemokrat Willy Brandt ins Palais Schaumburg einziehen konnte, propagierte CSU-Chef Strauß eine „Sammlungs-Bewegung zur Rettung des Vaterlandes" und heckte mit Großindustriellen wie Herbert Quandt und Friedrich Karl Flick Pläne zum Sturz der Regierung aus (SPIEGEL 45/1970).

„Niemand", so resümiert Historiker Geiss, „würde heute der CDU/CSU Wilhelm II. und Hitler anlasten, wenn sie nicht eben eine so peinliche Kontinuität personeller wie politischer Art aufzuweisen hätte." Angesichts der jüngsten CDU/CSU-Entwicklung müsse sich die Geschichtsschreibung deshalb „mit ihren Ergebnissen an die Öffentlichkeit wenden, wenn die Barzel und Kiesinger ihre hausgemachte Geschichte dem uninformierten Wähler schmackhaft gewürzt auftischen".

FDP SAAR

Wilder Haufen

Im Juni, vor der Landtagswahl, ließ sich der saarländische FDP-Chef Dr. Reinhard Koch, 50, auf Plakaten noch als „Ervolkspolitiker" feiern — als Mann des Volkes.

Doch der Erfolg blieb aus — seither geht es mit Koch und seinen Liberalen nur noch bergab: Der Landesverband (3912 Mitglieder) muß 300 000 Mark Wahlkampfschulden abtragen, verfügt über kein Landtagsmandat mehr (Wahlergebnis: 4,4 Prozent) — und sucht verzweifelt nach einem neuen Führer.

Denn die „Ervolkspolitiker" der saarländischen FDP lassen nach der Wahlniederlage vom 14. Juni die Partei im Stich:

▷ Vorsitzender Koch, fünf Jahre lang Finanz- und Wirtschaftsminister unter CDU-Regent Franz Josef Röder, wechselte auf einen Direktorensessel der Saar-Gummiwerk GmbH und will den Parteivorsitz niederlegen;